

Vitamin C harité

Das Blatt zur Stärkung der Abwehrkräfte

Betriebs-
flugblatt der
Sozialistischen
Arbeiterstimme

“Die Befreiung der Arbeiterklasse muss die Tat der Arbeiter selbst sein.” - Karl Marx 27. September 2012

"Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich."

Der in der letzten Woche vorgestellte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung bestätigt mal wieder das, was jeder schon wusste. Die Reichen in Deutschland werden immer reicher und die Armen immer ärmer.

Staatsvermögen ging an die Reichen

Der Bericht zeigt, dass das Nettovermögen des deutschen Staates in den letzten zwanzig Jahren deutlich gesunken ist: um über 800 Milliarden Euro. Das Nettovermögen der privaten Haushalte hat sich dagegen mehr als verdoppelt: von knapp 4,6 auf rund 10 Billionen Euro (ausgeschrieben sieht diese Zahl so aus: 10.000.000.000.000).

Der Anstieg der Privatvermögen der obersten zehn Prozent ist das Ergebnis von massiven Steuersenkungen sowie der Rettung maroder Banken mit öffentlichen Geldern. So senkte allein die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder den Spitzensteuersatz von 53 auf 42 %. Die Finanzkrise hat die Bereicherung der Vermögenden auf Kosten des Staates noch beschleunigt. Die Reichen sind also dank der Finanzkrise noch reicher geworden. Im Regierungsbericht klingt das ungefähr so: „Es ist eine Verschiebung privater Forderungen und Verbindlichkeiten in staatliche Bilanzen feststellbar“. Auf Deutsch: Die Gewinne der Unternehmen und Konzerne wurden in den letzten Jahren privatisiert, während die Schulden und Risiken verstaatlicht wurden.

Die Schere wächst

Laut dem Bericht der Regierung verfügt die ärmere Hälfte aller Haushalte nur über gut ein Prozent des gesamten Nettovermögens.

15,3 % der Bevölkerung gelten als „armutsgefährdet“. Das sind all diejenigen, die von unter 930 € im Monat leben müssen, was nichts anderes als Armut bedeutet. Die sogenannte „Armutgefährdungsquote“ ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Im Jahr 2005 hatte sie noch bei „nur“ 12,5 % gelegen. Deutliche Unterschiede gibt es laut dem Bericht auch bei der Lohnentwicklung. Im oberen Bereich haben die Gehälter angezogen, während die unteren 40 Prozent der Löhne schwächer gestiegen sind als die Inflation. De facto haben die Beschäftigten also weniger auf dem Konto.

Auch wenn keiner der Politiker wagt, es auszusprechen: Diese Entwicklung hängt unmittelbar mit dem Anwachsen der so genannten atypischen Beschäftigung zusammen: Teilzeitstellen von bis zu 20

Wochenstunden, Minijobs bis 400 Euro im Monat, befristete Arbeitsverträge oder Leiharbeit. Inzwischen arbeitet jeder vierte Beschäftigte unter solchen Bedingungen.

Regierung und Unternehmer Hand in Hand

An den Ursachen der Armut will die Regierung nichts ändern. Im Gegenteil: Sie zementiert mit der gerade beschlossenen Erhöhung der Einkommensgrenze für Minijobs auf 450 Euro diese Form der unterbezahlten Beschäftigung.

Doch wenn es darum geht, die Gewinne der Unternehmen zu sichern, ist der Staat schnell dabei, wie man aktuell wieder schön sehen kann. Alleine Opel, Bosch, Thyssen-Krupp und Ford planen auf Kurzarbeit zu gehen und sparen somit eine Menge Geld, indem sie das Arbeitsamt für ihre Lohnkosten aufkommen lassen.

Die Reichen zahlen zu lassen ist das Mindeste

Die Bundesregierung schwadroniert nun wie üblich mit allerlei „Lösungsvorschlägen“ durch die Presse. Kein Wunder... Bald ist Wahlkampf. Doch was die Arbeitenden brauchen, ist ein Mindestlohn von 1.500 Euro netto, um wirklich über die Runden zu kommen. Und mindestens 300 Euro mehr für alle Empfänger von Sozialleistungen. Der Verweis auf Staatschulden und leere Kassen ist dabei mehr als lächerlich. Zeigt doch der Bericht eindeutig, dass mehr als genug Geld vorhanden ist. Mit den 5,4 Billionen Euro, um die die privaten Vermögen in den letzten zwanzig Jahren gestiegen sind, könnten die gesamten Schulden aller öffentlichen Haushalte in Städten, Ländern und dem Bund locker getilgt werden. Sie belaufen sich auf 2,1 Billionen Euro. Summiert man alle Staatsschulden in der Eurozone, erhält man ziemlich genau die Summe aller Privatvermögen in Deutschland, nämlich 10,4 Billionen Euro.

Wehr' ich mich, bleibst du nicht reich!

Ein großes Bündnis aus Gewerkschaften und Attac hat aus diesem Grund einen Aktionstag am **Samstag, den 29. September 2012** ausgerufen. Er steht unter dem Motto „Umfairteilen“. Um **11:30 Uhr** geht es am **Potsdamer Platz** los. Eine große Beteiligung an dieser Demonstration wäre ein Signal, dass Viele gegen die immer schreienderen Ungerechtigkeiten ankämpfen wollen. Umverteilung des Reichtums ist gut, doch um das umzusetzen, müssen die gesellschaftlichen Machtverhältnisse insgesamt in Frage gestellt werden!

Von Kollegen für Kollegen...

Gulag CFM

Während jeder 18jährige das Schulgelände verlassen darf und wie ein Erwachsener behandelt wird, versuchen CFM-Chefs in Mitte KollegInnen aus der Reinigung wie kleine Kinder zu behandeln. Einigen wurde verboten das Gelände in ihrer Pause zu verlassen, um zu Lidl zu gehen (!). Manchmal fragt man sich wirklich, wie weit wir hier noch von einem Arbeitslager entfernt sind.

Endlich mal die Notbremse ziehen

Wer von uns Pflegekräften saß nicht schon einmal da und starrte in den Abgrund der völligen Arbeitsüberlastung? Jeder kann von Glück sagen, wenn er noch nicht geheult hat, weil er oder sie das Pensum einfach nicht mit gutem Gewissen schafft. Doch was ist die Lösung? In ein anderes Krankenhaus oder in den privaten Pflegedienst wechseln? Woanders ist es eben nicht besser... Wir können nicht individuell aus diesem Arbeitskarussell aussteigen, dass sich täglich immer schneller dreht. Nur wenn wir endlich gemeinsam den Notaus-Knopf drücken, dann können wir für jeden einzelnen etwas verbessern.

Die Katastrophe ist schon da

Neuerdings werden einzelne Stationen für den Katastrophenfall geschult. Das ganze dauert vier Stunden und dann sind die KollegInnen natürlich echte Spezialisten für den Katastrophenschutz. Selten so gelacht.

Aber mit welcher Katastrophe rechnen die da oben eigentlich? Etwa damit, dass die „Märkte“ wieder angreifen, wie es so schön seit Beginn der Krise heißt? Der Angriff ist doch schon längst ausgeführt oder weshalb werden wir in Centren unterteilt und müssen wie ein Privatbetrieb untereinander die Kosten abrechnen? Der Angriff der „Märkte“ bzw. der Aktionäre hat schon längst begonnen. Die Katastrophe ist der Alltagskampf auf den Stationen... Lasst uns den Laden endlich evakuieren!

Endlich wieder Zeit für Hygiene?

Letztes wurde bei der Reinigung in Mitte die Wochengarnitur von vier auf drei gekürzt. Gründe gibt's wie immer keine. War es schon mit vier Garnituren schwer gewesen über die Runden zu kommen, wird's mit dreien fast unmöglich. Denn wenn man nach Vorschrift handelt, wie z.B. nach bestimmten Desis die Klamotten zu wechseln, kann man dann schon nach den ersten Tagen in Unterwäsche antanzen. Vielleicht ist das wieder eine dieser innovativen Ideen der CFM, um die Hygienevorschriften wieder einzuhalten. Denn so würde es auch mit dem eigentlich vorgeschriebenen Duschen nach der Desi schneller gehen, wenn man schon im Schlüpper da steht.

Nacharbeit bei der CFM

Jeden Monat werden die Dienstpläne vom Betriebsrat überprüft und korrigiert. Und man denkt auch, dass sie so bei uns ankommen. Aber falsch gedacht. Im Wirtschaftstransport in Mitte z.B. werden teilweise andere Dienstpläne ausgehangen, als die, die vom Betriebsrat genehmigt wurden. So kann z.B. mal ganz schnell aus einer sieben Tageschicht eine acht Tageschicht werden. Sind da nachts etwa kleine, unbekannte Wesen, die die Dienstpläne nach den Vorstellungen der CFM umschreiben?

Zwei Betriebe – ein Kampf!

Jeder versucht uns weis zu machen, dass Charité und CFM zwei ganz unterschiedliche Betriebe sind und nur getrennte Kämpfe möglich wären. Doch arbeiten wir nicht jeden Tag Seite an Seite auf den Stationen und müssen immer mehr Ungerechtigkeiten über uns ergehen lassen? Denn Charité und CFM unterscheiden sich keinen Deut bei ihrer Unternehmenspolitik. Deswegen dürfen wir uns nicht spalten lassen (nebenbei ist die Charité immer noch Hauptanteileigner der CFM). Nur mit allen zusammen läuft das Krankenhaus und zusammen erkämpfen wir uns unsere Rechte!

Mit Pausen reich werden!?

Letztes wurde publik, dass viele Stationen und KollegInnen ihre Pausen nicht nehmen. In letzter Zeit fordern GPR und KPR diese Statistiken nicht mehr von der Charité an, um die Einhaltung der Arbeitszeiten durchzusetzen. Argumentiert wird, dass viele KollegInnen freiwillig durcharbeiten und keine Pausen nehmen, um mehr Geld zu verdienen. Aber das ist Blödsinn, denn wir wissen alle, dass wir nur durchschufften, weil wir zu wenige sind und die PatientInnen nicht hängen lassen wollen! Und durchgemachte Pausen werden nicht bezahlt! Um diese ganze Misere zu lösen, wäre es am einfachsten, mal wieder mehr Pflegekräfte einzustellen! Aber das ist sicher keine neue Erkenntnis.

11. September 2012 – Terrortag der Unternehmer

Ein Großbrand in einer Textilfabrik in Pakistan hat hundert Menschen das Leben gekostet. Nur wenige der ArbeiterInnen konnten fliehen, da der Zulieferer des Textildiscounters KIK die Fenster mit Eisengittern verriegelt hatte. Nun versucht KIK sich mit der Einrichtung eines Hilfsfonds aus der Affäre zu stehlen, anstatt die Hinterbliebenen angemessen zu entschädigen. Doch das wundert nicht. Immerhin scheren sich die Textilkonzerne wenig darum unter welcher mörderischen Bedingungen die Arbeiter in den armen Ländern schufteten. Hauptsache billig. Und so ist es Gang und Gäbe, dass sie ihre Fabriken mitten in den Wohngebieten unterhalten, sich weigern vorgeschriebene Sicherheitsüberprüfungen zuzulassen, den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn weit unterbieten, die Beschäftigten zu unbezahlter Mehrarbeit zwingen und zur Stromversorgung die Leitungen der Nachbarschaft anzapfen...

Scheinheilige Samariter

Während die Rettungsdienste und die Krankenträger mal wieder überall mit Werbung à la "Aus Liebe zum Menschen" (DRK) oder "weil Nähe zählt" (Malteser) protzen, hört die Liebe zum Menschen bei den eigenen Mitarbeitern oft auf. Denn diese erleben tagtäglich: Leiharbeit, Lohndumping, das Aushebeln von Tarifverträgen und miese Arbeitsvertragsklauseln. So ziemlich alle Rettungsdienste sind mittlerweile Tochterfirmen und es gelten keine Tarifverträge. Selbst der angeblich Arbeiternahe ASB (ArbeiterSamariterBund). Im Frühjahr durchsuchten Zoll-Fahnder die Regionalzentrale des ASB. Der Verdacht: Auszubildende im Rettungsdienst wurden mit einem Hungerlohn von 125 Euro pro Monat abgespeist. Das Verfahren läuft noch. Und bei Charité und CFM wissen wir nur zu gut wie der Hase läuft: nach außen sozial – nach innen asozial!

DIES IST DEIN FLUGBLATT. WENN DU WILLST, DASS DAS VITAMIN C ALLE KOLLEGINNEN GUT INFORMIERT, DANN HILF DABEI! WENDE DICH AN:

flugblatt_charite@gmx.net , www.sozialistische-arbeiterstimme.org